

LANDGERICHT FRANKFURT AM MAIN

3. Zivilkammer (3. Kammer für Handelssachen)

Aktenzeichen: 2-03 O 412/26

Frankfurt am Main, den 11. Juni 2026

PROTOKOLL

über die mündliche Verhandlung im Hauptsacheverfahren

Datum:	11. Juni 2026
Sitzungssaal:	C 412, Landgericht Frankfurt am Main
Sitzungsbeginn:	10:00 Uhr
Sitzungsende:	14:35 Uhr
Aktenzeichen:	2-03 O 412/26
Verfahrensgegenstand:	Klage auf Unterlassung, Auskunft, Vernichtung, Schadensersatz dem Grunde nach (Markenrecht)

I. Besetzung des Gerichts und Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten

1. Richterliche Besetzung

Funktion	Person
Vorsitzender Richter am LG	VRiLG Dr. Martin Heydenreich-Bornholm
Richterin am LG (beisitzend)	RiLG Sabine Auerbach-Treustetten
Richter am LG (beisitzend)	RiLG Christoph Lutz-Weidenkamp
Protokollführer	Justizfachangestellter Reinhardt Eichelberg-Weisensaat

2. Parteivertreter

Partei / Funktion	Vertreter	Kanzlei
Klägerin (Antragstellerin)	Dr. Friedrich-Wilhelm von Steinacker Dr. Mathilda Lichtenberg-Hessenheim	Steinacker Lichtenberg & Partners Maximilianstraße 27, 80539 München
Beklagte zu 1 Brezelmann Discount KG	RA Dr. Konrad Korkenzieher RA Boris Bibermond	Korkenzieher & Bibermond Rechtsanwälte PartGmbB, Karlsruhe
Beklagter zu 2 Egon Brezelmann persönlich (mitvertretend)	RA Dr. Konrad Korkenzieher	Korkenzieher & Bibermond Rechtsanwälte PartGmbB, Karlsruhe
Beklagte zu 3 Donauzoo Marketplace GmbH	RA Magnus Plattenmoser RAin Dr. Vera Reibstein	Plattenmoser Reibstein LLP Theresienhöhe 28, München

Für die Klägerin ist darüber hinaus in der Verhandlung persönlich erschienen: Keine Parteivertreterin. — Die Beklagte zu 1 ist durch den Geschäftsführer der Komplementärin, **Egon Brezelmann** (zugleich Beklagter zu 2), persönlich vertreten. — Die Beklagte zu 3 ist durch einen rechtskundigen Vertreter (RA Plattenmoser) vertreten; der Geschäftsführer der Donauzon Marketplace GmbH ist nicht persönlich erschienen.

II. Verhandlungsverlauf

1. Eröffnung und Bestandsaufnahme (10:00–10:25 Uhr)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung aller Parteien und die Vollständigkeit der Vertretung fest. Er gibt einen Überblick über den Sach- und Streitstand auf der Grundlage des klägerischen Vortrags (Klageschrift vom 14.04.2026 nebst Anlagen K 1 ff.) und der Klageerwiderung der Beklagten zu 3 (Donauzon, eingereicht durch Plattenmoser Reibstein LLP am 10.04.2026, Anlage B 1 ff.) sowie der Klageerwiderung der Beklagten zu 1 und 2 (Korkenzieher & Bibernund, eingereicht am 12.04.2026). Der Vorsitzende stellt fest, dass die Klageschrift die Ansprüche aus der Abmahnung vom 22.01.2026 und der einstweiligen Verfügung vom 13.03.2026 (Az. 2-03 O 412/26) aufgreift und auf vollständige Unterlassung (Verletzungsformen 1–7), Auskunft (§ 19 MarkenG), Vernichtung (§ 18 MarkenG) und Schadensersatz dem Grunde nach gerichtet ist.

2. Gerichtliche Hinweise nach § 139 ZPO (10:25–11:30 Uhr)

Der Vorsitzende erteilt nach eingehender Beratung der Kammer folgende Hinweise:

Hinweis 1 — Bekanntheitsnachweis (§ 14 Abs. 2 Nr. 3 MarkenG):

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die vorgelegte Verbraucherumfrage (Nielsen, Dezember 2025, Anlage K 2) zwar einen Bekanntheitsgrad von 91 Prozent ausweist, dass die Kammer jedoch Zweifel an der **methodischen Validität** dieser Umfrage hat: Die Stichprobe von $n = 1.200$ erscheint für den Nachweis gesamtdeutscher Bekanntheit an der Untergrenze; zudem ist unklar, ob die Befragten repräsentativ für die Zielgruppe der Luxuskäufer sind oder die Allgemeinbevölkerung abbilden. Das Gericht hält die Einholung eines **demoskopischen Gutachtens** durch ein unabhängiges Institut (z.B. Institut für Demoskopie Allensbach oder Kantar Public) für erforderlich, um den Bekanntheitsgrad der Klagemarken prozessual verwertbar festzustellen. Die Parteien werden gebeten, sich zur Gutachterausswahl und zu Beweisfragen bis zum 25.07.2026 zu äußern.

Hinweis 2 — Demoskopisches Gutachten zur Verwechslungsgefahr:

Der Vorsitzende gibt zu erkennen, dass die Kammer die Verwechslungsgefahr zwischen „KLÔTZZKËTTÉ" und „CLOTZ KETTE" zwar in der einstweiligen Verfügung (Beschluss vom 13.03.2026) bejaht hat, dass die Frage jedoch im Hauptsacheverfahren einer vertieften Prüfung bedarf. Insbesondere die Frage, ob der Durchschnittsverbraucher der einschlägigen Luxusgüterklasse die klangliche Ähnlichkeit als verwechslungsbegründend wahrnimmt, könnte durch ein demoskopisches Gutachten zur Verwechslungsgefahr ergänzt werden. Die Parteien werden auf die Möglichkeit hingewiesen, ein solches Gutachten proaktiv vorzulegen (BGH, Urt. v. 02.04.2015, I ZR 59/13 — Äquipotenzial, GRUR 2015, 1214, Rn. 17: Demoskopie als Beweismittel für die Verwechslungsgefahr).

Hinweis 3 — Soundmarke und Sieckmann-Kriterien:

Auf Anfrage von RA Korkenzieher (für die Beklagten zu 1 und 2) erläutert der Vorsitzende die vom Gericht im Beschluss vom 13.03.2026 zugrunde gelegten Sieckmann-Kriterien für Soundmarken: EuGH C-273/00 — Sieckmann (Rn. 55) verlangt ein Zeichen, das klar, eindeutig, in sich abgeschlossen, leicht zugänglich, verständlich, dauerhaft und objektiv ist. Die Eintragung der Soundmarke „Cliquet de Cassis“ (EUTM 018 829 311) erfüllt diese Kriterien nach Ansicht der Kammer, wie das hinterlegte Spektrogramm (Anlage ASt 16 im Eilverfahren) zeigt. Der Vorsitzende weist die Beklagten darauf hin, dass ein Angriff auf die Wirksamkeit der Markeneintragung im vorliegenden Verletzungsverfahren nicht unmittelbar möglich ist; hierfür wäre ein Nichtigkeitsantrag beim EUIPO erforderlich (Art. 63 ff. UMV). Die Kammer ist an die Eintragung gebunden, solange sie nicht aufgehoben ist (§ 22 Abs. 1 MarkenG analog für EUTM-Marken).

Hinweis 4 — Marktwert-Behauptungen der Klägerin und Streitwertgrundlage:

Der Vorsitzende gibt zu erkennen, dass er die von der Klägerin vorgetragene Streitwertbemessung von EUR 2.500.000,00 für die Hauptsache zwar nachvollziehen kann, dass jedoch die tatsächlichen Grundlagen — insbesondere der behauptete Jahresumsatz der Brezelmann Discount KG mit den verletzenden Waren — bisher nicht hinreichend belegt sind. Das Gericht regt an, dass die Klägerin ihren Vortrag zur Schadenshöhe konkretisiert und eine Schadensberechnung nach Lizenzanalogie substantiiert darlegt, sobald die Auskunft (§ 19 MarkenG) vorliegt. Der Streitwert von EUR 2.500.000,00 wird für das laufende Verfahren nicht beanstandet.

3. Erörterung des Sach- und Streitstands (11:30–12:45 Uhr)

3a. Ausführungen der Klägerseite

Rechtsanwalt Dr. von Steinacker nimmt für die Klägerin ausführlich zum Sach- und Streitstand Stellung. Er betont, dass die Verletzungshandlungen der Beklagten zu 1 und 2 auch nach Erlass der einstweiligen Verfügung (Beschluss vom 13.03.2026) nicht vollständig eingestellt wurden: Zwar hat Brezelmann die Bezeichnungen „CLOTZ KETTE“ und „klotzz.kette“ auf Warenanhängern entfernt, das Zeichen „K-Krönchen“ wird jedoch nach wie vor auf Reißverschlüssen und Schlossbeschlägen verwendet (neue Testkäufe TK-15 bis TK-18 vom 05.05.2026, Anlage K 31). Die Klangsequenz wird seit dem 15.03.2026 nicht mehr auf der Donauzoo-Plattform abgespielt (positiver Befund, Anlage K 32), jedoch nach wie vor in einigen Filialen per Ladenradio (Testkauf-Protokoll TK-17, Anlage K 33). Die Klägerin besteht auf vollständiger Erfüllung des Verfügungstenors und beantragt die Festsetzung von Ordnungsgeld für die Zuwiderhandlungen.

Rechtsanwältin Dr. Lichtenberg-Hessenheim ergänzt, dass die Auskunftspflicht der Beklagten zu 1 bis dato nicht erfüllt ist: Die mit Klageschrift geltend gemachte Auskunft (§ 19 MarkenG) wurde trotz Fristsetzung zum 30.04.2026 von Brezelmann nicht erteilt. Die Klägerin legt eine anwaltliche Zwangsvollstreckungsankündigung (Anlage K 34) vor.

3b. Ausführungen der Beklagten zu 1 und 2

Rechtsanwalt Dr. Korkenzieher trägt für die Beklagten zu 1 und 2 vor:

- (a) Die Verletzungsform (1) — Bezeichnung „CLOTZ KETTE“ — sei nach Erlass der einstweiligen Verfügung vollständig eingestellt worden. Sämtliche entsprechend gekennzeichneten Waren seien aus dem Verkehr gezogen worden (eidesstattliche Versicherung Egon Brezelmann vom 20.03.2026, Anlage B 4). Ein Verstoß liege nicht vor.
- (b) Hinsichtlich des „K-Krönchens“ (Verletzungsform 3) bestreitet RA Korkenzieher, dass die nach dem 13.03.2026 verwendeten Zeichen dem im Tenor beschriebenen Kollisionszeichen entsprechen. Die neue Gestaltung sei deutlich von der Klagemarke entfernt worden (stilisiertes K ohne Krone, lediglich mit Zierelement). Die Testkäufe TK-15 bis TK-18 seien methodisch fehlerhaft und von der Detektei ohne ausreichende Identifikation vorgenommen worden (Rüge gemäß § 295 ZPO).
- (c) Die fehlende Auskunftserteilung rechtfertige sich dadurch, dass die verletzenden Warenmengen gering und die buchhalterischen Unterlagen noch nicht vollständig aufbereitet seien. Eine vollständige Auskunft werde bis zum 30.06.2026 erteilt.
- (d) Grundsätzlich halten die Beklagten an ihrer Auffassung fest, dass keine Markenverletzung vorliege. Es werde beantragt, die Klage abzuweisen. Hilfsweise wird ein Vergleich angeregt (dazu unten Abschnitt IV).

3c. Ausführungen der Beklagten zu 3 (Donauzon)

Rechtsanwalt Magnus Plattenmoser trägt für Donauzon vor:

- (a) Donauzon habe unmittelbar nach Zugang des Beschlusses vom 13.03.2026 (Zustellung 14.03.2026) sämtliche beanstandeten Brezelmann-Angebote gesperrt und das Promovideo deaktiviert (eidesstattliche Versicherung Donauzon-Geschäftsführer Dr. Klaus Werners-Paulsen, Anlage B-D 3). Ein Ordnungsgeldantrag der Klägerin sei daher unbegründet.
- (b) Donauzon bestreitet die Haftung dem Grunde nach (Klageerwiderung Donauzon vom 10.04.2026): Donauzon sei als neutraler Hosting-Provider tätig gewesen und habe vor Abmahnung keine Kenntnis von der Verletzung gehabt. Eine aktive Rolle i.S.d. EuGH C-324/09 (L'Oréal/eBay) sei nicht gegeben; das algorithmische Ausspielen von Suchergebnissen sei eine neutrale technische Maßnahme.
- (c) Donauzon regt an, das Verfahren gegen sie abzutrennen und auf die Haftungsklä rung nach § 280 BGB zu beschränken, da die Unterlassungspflicht bereits freiwillig erfüllt sei.

4. Beweisanregungen der Parteien (12:45–13:15 Uhr)

Die Klägerin beantragt, folgende Beweise zu erheben:

- (a) Einholung eines **demoskopischen Gutachtens** zur Bekanntheit der Marke „KLÔTZZKËTTÉ“ und zur Verwechslungsgefahr mit den Kollisionszeichen (Gutachternvorschlag: Institut für Demoskopie Allensbach; Beweisfrage: Bekanntheitsgrad und gedankliche Verknüpfung bei der relevanten Verkehrsgruppe;
- (b) Zeugenvernehmung der Detektivin **Marlene Spürnasen-Wellecke** (Detektei Spürnase Couture) zu den Testkäufen TK-15 bis TK-18 und den Filial-Beobachtungen nach dem

13.03.2026;

(c) Sachverständigengutachten des Fraunhofer ILT Aachen zur Frage, ob die nach dem 13.03.2026 verwendeten „K-Zierelement“-Beschlüge der Beklagten zu 1 dem Schutzbereich der Bildmarke „K-Krone“ (EUTM 017 884 922) noch unterfallen.

Die Beklagten zu 1 und 2 beantragen:

(a) Klageabweisung; hilfsweise: Aussetzung des Verfahrens (§ 148 ZPO) bis zur Entscheidung des EUIPO über den von Brezelmann gestellten Nichtigkeitsantrag gegen EUTM 018 829 311 (Soundmarke „Clquet de Cassis“), gestellt am 02.05.2026 (Anlage B 7 — Eingangsbestätigung EUIPO);

(b) Einholung eines Gegengutachtens zur Klangsequenz-Übereinstimmung (der von der Klägerin vorgelegte Gutachter Dr. Tonhausen sei parteiisch; bestreitet Übereinstimmungsquote von 94,3 Prozent); als Sachverständiger wird Prof. Dr. Heinz-August Klangmeister (Musikhochschule Berlin) benannt.

Donauzoo (Beklagte zu 3) beantragt:

(a) Klageabweisung gegenüber Donauzoo mangels Täterschaft;

(b) Hilfsweise: Aussetzung bis zur Entscheidung über die Nichtigkeitsklage gegen die Soundmarke beim EUIPO.

Der Vorsitzende nimmt die Beweisanregungen zur Kenntnis und kündigt an, dass die Kammer über die Beweisanordnungen und den Aussetzungsantrag im Urteil vom 25.07.2026 entscheiden wird.

5. Vertiefende Erörterung der Marktwert-Behauptungen und der Schadensberechnung (13:00–13:15 Uhr)

Im Anschluss an die Parteistellungnahmen erörtert die Kammer auf Anregung von RiLG Auerbach-Treustetten die Frage der Schadensberechnung und der wirtschaftlichen Grundlagen des Rechtsstreits:

a) Streitwert und Schadensquantifizierung: Die Klägerin hat den Hauptsachenstreitwert auf EUR 2.500.000,00 festgesetzt. Diese Bemessung setzt voraus, dass der durch die Verletzungshandlungen verursachte Schaden in dieser Höhe beziffert werden kann. Die Kammer erkennt an, dass bei 412 Filialen und einem Onlinekanal ein erheblicher Umsatz mit den verletzenden Waren generiert worden sein kann. Gleichwohl fehlt für eine abschließende Streitwertfestsetzung eine substantiierte Darlegung der verkauften Stückzahlen und Umsätze.

b) Lizenzanalogie-Methode: RiLG Lutz-Weidenkamp fragt nach, ob die Klägerin die Schadensberechnung nach der Lizenzanalogie vornehmen werde. RA Dr. von Steinacker bestätigt dies: Auf Basis eines marktüblichen Lizenzsatzes von 8–12 Prozent und der nach Auskunftserteilung zu ermittelnden Verletzungsumsätze werde die Klägerin den Schaden beziffern. Die Methode entspreche der ständigen Rechtsprechung (BGH, Urt. v. 29.07.2009, I ZR 169/07 — BTK, GRUR 2010, 239, Rn. 28 ff.).

c) Markenreputation und nicht quantifizierbarer Schaden: Auf Frage von RiLG Auerbach-Treustetten, ob die Klägerin auch immaterielle Schäden (Rufschädigung, Verwässerung) geltend mache, erklärt RA Dr. von Steinacker, die Klägerin verfolge im Wege des Schadensersatzes nur quantifizierbare Schäden; die Verwässerung werde als Anspruch auf Unterlassung und als Grundlage für den Bekanntheitsschutz (§ 14 Abs. 2 Nr. 3 MarkenG) geltend gemacht, nicht als separater Schadensposten.

d) Donauzon-Umsätze: RiLG Auerbach-Treustetten fragt, ob die Klägerin auch gegen Donauzon Auskunftsansprüche auf Basis von § 19 MarkenG geltend macht. RA Dr. von Steinacker bejaht: Die Klage gegen Donauzon umfasse Auskunft über alle von Donauzon über den Brezelmann-Account erzielten Umsätze mit den verletzenden Waren sowie die Provisionserträge der Donauzon aus diesen Verkäufen.

III. Vergleichsversuch (13:15–14:00 Uhr)

Der Vorsitzende schlägt in Ausübung seiner Verpflichtung nach § 278 Abs. 1 ZPO einen gütlichen Vergleich vor und erläutert seine vorläufige Einschätzung der Rechtslage:

Vorläufige Einschätzung des Gerichts: Die Kammer tendiert zur Bejahung des Unterlassungsanspruchs hinsichtlich der Verletzungsformen (1), (2), (3) und (7) — diese seien hinreichend gut belegt. Bei Verletzungsform (4) (Soundmarke) bestehe noch Klärungsbedarf (demoskopisches Gutachten, Sieckmann-Kriterien). Die Verletzungsformen (5) und (6) (Haptik, Hardware) seien markenrechtlich schwieriger, könnten aber über § 4 Nr. 3 UWG begründet werden.

Vergleichsvorschlag des Gerichts: Das Gericht schlägt vor, den Streit durch folgende Regelungen beizulegen:

- (1) Brezelmann verpflichtet sich, sämtliche Verletzungsformen (1)–(7) dauerhaft zu unterlassen und eine strafbewehrte Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung gegenüber der Klägerin abzugeben (Vertragsstrafe EUR 25.000,00 je Einzelverstoß);
- (2) Brezelmann erteilt vollständige Auskunft (§ 19 MarkenG) bis zum 31.07.2026;
- (3) Donauzon zahlt an die Klägerin eine pauschale Schadensabgeltung von EUR 75.000,00;
- (4) Klägerin verzichtet auf Geltendmachung von Ordnungsgeldern für Verletzungshandlungen vor dem 14.03.2026;
- (5) Kosten werden gegeneinander aufgehoben.

Reaktion der Parteien auf den Vergleichsvorschlag:

Klägerin: RA Dr. von Steinacker erklärt, er werde den Vergleichsvorschlag mit der Mandantin besprechen. Der Abgeltungsbetrag für Donauzon erscheine zu niedrig; die Klägerin habe einen internen Schaden von mindestens EUR 350.000,00 kalkuliert. Die Untergrenze für einen Vergleich mit Donauzon läge bei EUR 200.000,00. Die Vertragsstrafe gegenüber Brezelmann sei mit EUR 25.000,00 zu niedrig angesetzt; die Klägerin bestehe auf EUR 50.000,00.

Beklagte zu 1 und 2: RA Dr. Korkenzieher erklärt, Brezelmann sei grundsätzlich vergleichsbereit, jedoch könne der Schadensausgleich erst nach Vorlage der Auskunft beziffert werden. Eine Vertragsstrafe von EUR 50.000,00 je Verstoß erscheine unverhältnismäßig. Ein Gegenangebot werde schriftlich bis zum 25.06.2026 unterbreitet.

Beklagte zu 3 (Donauzon): RA Plattenmoser erklärt, Donauzon lehne den Vergleichsvorschlag ab. Die vorgeschlagene Summe von EUR 75.000,00 sei angesichts der fehlenden Täterschaft unverhältnismäßig. Donauzon biete maximal EUR 15.000,00 als Kulanzleistung an, ohne Anerkennung einer Rechtspflicht.

Ein Vergleich kommt in der Sitzung nicht zustande. Das Gericht setzt die Parteien davon in Kenntnis, dass der Vergleichsversuch bis zum 10.07.2026 schriftlich fortgesetzt werden kann; eine Einigung bis dahin würde eine gerichtliche Entscheidung erübrigen.

IV. Schlussverfügungen und Verkündungstermin (14:00–14:35 Uhr)

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Kammer in der Sache bis zum heutigen Tag noch kein abschließendes Urteil treffen kann, da die unter Abschnitt II., Hinweis 1, angekündigte demoskopische Begutachtung noch nicht vorliegt und der Beweisantrag der Beklagten zu 1 und 2 (Gegengutachten zur Klangsequenz) zu prüfen ist.

Das Gericht trifft folgende prozessualen Anordnungen:

- (1) Die Parteien werden aufgefordert, bis zum **25.06.2026** schriftlich Stellung zu nehmen zu: (a) dem gerichtlichen Hinweis 1 (demoskopisches Gutachten: Einverständnis mit Gutachtervorschlag / eigene Gutachternennung); (b) dem gerichtlichen Hinweis 4 (Streitwert); (c) dem Aussetzungsantrag der Beklagten zu 1 und 2.
- (2) Die Klägerin wird aufgefordert, die Testkäufe TK-15 bis TK-18 (Anlage K 31–33) vollständig in die Klage einzuführen und einen ergänzenden Schriftsatz zur Ordnungsgeldbeantragung bis zum **30.06.2026** einzureichen.
- (3) Die Beklagten zu 1 und 2 werden aufgefordert, die angekündigte vollständige Auskunft (§ 19 MarkenG) bis zum **30.06.2026** vorzulegen und auf den Ordnungsgeldantrag der Klägerin schriftlich zu erwidern.

Der Vorsitzende verkündet, dass der Verkündungstermin für das Urteil auf den 25. Juli 2026, 10:00 Uhr, Sitzungssaal C 412, verlegt wird.

Sitzungsende: 14:35 Uhr

Das vorstehende Protokoll wird vorgelesen, genehmigt und unterzeichnet:

VRiLG Dr. Heydenreich-Bornholm

— Vorsitzender —

Reinhardt Eichelberg-Weisensaat

— Protokollführer, JFAngAngest. —

Für die Richtigkeit der Abschrift:

Gisela Remmers-Dornhoff

Justizfachangestellte als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Frankfurt am Main, 11. Juni 2026